

Es ist übrigens auch in Ihrer Regierungszeit keine Infrastruktur durch EU-Förderprogramme gefördert worden, weil das aufgrund der vertraglichen Grundlage nicht förderfähig ist. Deshalb bauen Sie dann hier nicht solche Pappkameraden auf.

Dasselbe gilt für das Thema „Konzentration“. Wir wollen uns eben nicht an allen elf Dingen beteiligen, sondern es ist notwendig, wenn effektiv gefördert werden soll, die Mittel entsprechend zu konzentrieren.

Wir müssen eine bessere Verzahnung hinbekommen. Sie kritisieren in Ihrem Antrag, dass die 52-%-Quote für den ESF im Rahmen des Wettbewerbs zu hoch sei. Wir wollen aber doch gerade, dass nicht ESF, ELER für den ländlichen Raum und EFRE immer getrennt voneinander behandelt werden. Wenn wir wirklich eine Landesentwicklung für die ganz verschiedenen und unterschiedlichen Landesteile betreiben wollen, müssen wir diese drei getrennten Fonds zusammen bearbeiten.

Ich komme dann zu dem Thema „Breitband“: Natürlich ist es ein dringendes Anliegen, den Breitbandausbau insbesondere im ländlichen Raum voranzubringen. Aber dann machen wir das bitte auch in dem dafür zuständigen Bereich. Das ist der ELER, das ist nicht der EFRE. Also verwechseln Sie hier nicht Äpfel mit Birnen. Insgesamt ist das Thema richtig, aber es muss aus dem Bereich finanziert werden, wo es hingehört. Man soll nicht den EFRE zum Steinbruch für alle möglichen Forderungen machen. Das würde nicht zum Ziel führen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Minister, ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Ich komme zum Ende. – Ich stimme damit überein – das habe ich auch im Ziel-II-Begleitausschuss schon einmal gesagt –, dass wir das Thema „Konversion“ in den Blick nehmen. Ich bin mit den Europaabgeordneten aller Parteien – ich habe erst vor Kurzem mit Herrn Liese von der CDU ausführlich darüber gesprochen – darin einig, dass wir uns gemeinsam anstrengen, damit das Thema „Tourismus“ in die Programme mit aufgenommen werden kann, weil es in vielen Teilen dieses Landes eine so große Bedeutung hat.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich komme damit zum Schluss. Es ist mein dringender Appell, bei der Ausarbeitung des operativen Programms – das haben wir im Übrigen in größtmöglicher Offenheit getan – an einem Strang zu ziehen und keinen Kleinkrieg zu veranstalten, über den die sich in Brüssel kaputtflachen und sich fragen, was hier in Nordrhein-Westfalen eigentlich

los ist. Wir werden das nicht weiter befördern, sondern wir wollen gemeinsam mit allen Akteuren in diesem Land dieses operationelle Programm in der kommenden Wahlperiode zu einem Erfolg machen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister Duin. – Weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. Wir kommen zum Schluss der Beratung und zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/822 an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk** – federführend –, an den **Ausschuss für Europa und Eine Welt** sowie an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr** und nach einer Vereinbarung aller Fraktionen an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer möchte dieser Überweisungsempfehlung zustimmen? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir verlassen damit den Tagesordnungspunkt 5 und kommen zum Tagesordnungspunkt

6 Endspurt vor dem doppelten Abiturjahrgang: Gute Beratung und zeitnahe Antragsbearbeitung in den BAföG-Ämtern sicherstellen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/813

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/872

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/887

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/904

Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst für die antragstellende SPD-Fraktion dem Kollegen Schultheis das Wort, der auch schon hier steht. Bitte schön, Herr Kollege.

Karl Schultheis¹⁾ (SPD): Herr Präsident, ich hatte mich vorbereitet, damit wir die Zeit ökonomisch nutzen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD und die Grünen haben den Antrag vorgelegt, weil wir gemeinsam die Aktivitäten der Studentenwerke und auch des Ministeriums und der Ministerin persönlich in dieser Angelegenheit unterstützen möchten und deutlich machen wollen, dass sich der Landtag klar zu diesen Aufgaben bekennt, gerade im Hinblick auf den doppelten Abiturjahrgang die Studentenwerke handlungsfähig zu halten, damit die BAföG-Anträge zeitnah bearbeitet werden können.

Die drei Entschließungsanträge, die hierzu vorliegen, verlangen aber noch einige Anmerkungen auch zum Schluss eines sehr vollen Debattentages. Nicht der Entschließungsantrag der Piraten, aber die beiden Entschließungsanträge von CDU und FDP sind aus meiner Sicht ein Angriff auf die Intelligenz anderer Menschen und auf das Gedächtnis anderer Menschen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

– Herr Hafke, wir kommen darauf zurück.

Wenn man Revue passieren lässt, was die schwarz-gelbe Koalition den Studentenwerken angetan hat, ist festzustellen, dass für viele der Punkte, die Sie heute anmahnen, Ihr eigenes politisches Handeln, Herr Hafke, die Ursache ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich schildere Ihnen einmal die Haushaltsentwicklung. Ich habe sie noch gut im Kopf. 2005, als Schwarz-Gelb die Regierung übernommen hat, standen den Studentenwerken 49 Millionen € zur Verfügung. Im Haushalt 2006 waren es noch 41,5 Millionen €. 2007 waren es 38,9 Millionen €. 2008 waren es auch 38,9 Millionen €. 2010 waren es immer noch 38,9 Millionen €. 2011, nach dem Regierungswechsel, standen den Studentenwerken wieder über 46 Millionen € für ihre Studierenden zur Verfügung.

(Beifall von Nadja Lüders [SPD])

Sie haben die Zuschüsse für die Studentenwerke um 20 % abgesenkt. Wir sind dafür eingetreten – das war der Antrag schlechthin; SPD und Grüne haben ihn in jeder Haushaltsberatung vorgelegt –, dass dieser Ansatz wieder erhöht wird. Sie haben diesen Antrag immer wieder niedergestimmt. Insofern muss man Sie darauf verweisen, dass Sie hier ein sehr schlechtes Gedächtnis haben, meine Damen und Herren der Opposition.

(Beifall von der SPD)

Nun kommt die CDU daher – ich nehme einmal an, dass Herr Dr. Berger das geschrieben hat; Sie erfüllen damit auch voll unsere Erwartungen, was Ihre

zukünftige Arbeit im Wissenschaftsausschuss angeht –

(Marcel Hafke [FDP]: Reden Sie doch einmal über das Thema!)

und macht Deckungsvorschläge für zusätzliche Stellen, indem das Netzwerk Frauenforschung sowie die Ausgaben für Gleichstellung in den Hochschulen infrage gestellt werden. Diese Deckungsvorschläge halte ich wirklich für unanständig. Schließlich geht es darum, die Gleichstellung von Männern und Frauen in unseren Hochschulen und in unserer Gesellschaft insgesamt voranzubringen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Noch interessanter ist der Entschließungsantrag der FDP. Als es um die Novellierung des Hochschulgesetzes ging, das dann unberechtigtweise den Namen „Hochschulfreiheitsgesetz“ erhalten hat, hat gerade der Kollege Christian Lindner immer auf den Paradigmenwechsel hingewiesen. Ich will einfach einmal etwas zitieren, was ich zu nett finde; denn alle Anträge, die SPD und Grüne gestellt haben, wenn es darum ging, dass Hochschulen zusammenarbeiten sollen, sind von Ihnen niedergestimmt worden. Sie haben das in der Manier, in der Sie auch gestern hier aufgetreten sind, immer sehr wortstark vorgetragen. Ich zitiere mit der Erlaubnis des Präsidenten aus dem dritten Absatz auf Seite 2 Ihres Antrages. Dort heißt es:

„Es ist deshalb so notwendig, wie es selbstverständlich sein sollte, dass auch von Seiten der Landespolitik umfassende Lösungen erarbeitet werden. Die Landesregierung muss endlich ein integriertes Gesamtkonzept erstellen, das die Hochschulen hinsichtlich der Gesamtheit an finanziellen und organisatorischen Anpassungen unterstützt.“

Das haben Sie immer zurückgewiesen. Ich werde Ihnen die Anträge zusammenstellen, bei denen Sie dagegen votiert haben.

Auch Ihre Äußerungen zur Regierungserklärung der Ministerpräsidentin im Hinblick auf die Hochschulpolitik, die Sie gestern vorgetragen haben, hatten diesen Tenor. Ich würde mich ja freuen, wenn es so wäre, Herr Lindner; denn das ist ein Punkt, den wir bei der Novellierung des Hochschulgesetzes hier mit bedenken müssen.

Der Punkt 3 Ihres Antrags ist noch besser. Erst kürzlich haben wir hier einen Antrag vorgelegt, in dem es darum geht, die Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung bei ihren Aktivitäten in Berlin bezüglich der Ausstattung der Hochschulpakete zu unterstützen. Das haben Sie abgelehnt. Hier fordern Sie nun, die Ministerin solle in Richtung Berlin tätig werden – was sie längst macht. Das müssten Sie auch wissen.

Ich kann Sie nur auffordern, den Punkt 3 Ihres Antrags hier auch zu erfüllen und unsere Ministerin und das Land Nordrhein-Westfalen in Berlin entsprechend zu unterstützen, damit die Mittel aufgestockt werden und wir hier in Nordrhein-Westfalen mehr Studienplätze aufbauen können.

(Beifall von der SPD)

Es wird darauf ankommen, an der richtigen Stelle das Richtige zu tun. Wir werden dann begleitend beobachten, was Sie in Zukunft hier tun werden. – Ich bedanke mich herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Schultheis. – Für die zweite antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Frau Kollegin Dr. Seidl das Wort.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um einem Mythos vorzubeugen, den die FDP immer gerne in den Raum stellt, sage ich es noch einmal ganz deutlich: Die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen, das Ministerium und die Politik arbeiten derzeit mit Hochdruck an der Bewältigung der Herausforderungen, die die steigende Studierneigung und der doppelte Abiturjahrgang in 2013 mit sich bringen.

Das tun wir nicht erst seit gestern. Seit 2005 haben wir kontinuierlich Druck gemacht – gerade auch, als Herr Pinkwart noch an der Regierung war –, dass der doppelte Abiturjahrgang in den Fokus rückt.

Seit 2007 sind über den Hochschulpakt über 700 Millionen € in die nordrhein-westfälischen Hochschulen geflossen, um zusätzliche Kapazitäten aufzubauen. Dazu gehört der Bau neuer Hörsäle, Seminarräume, Bibliotheken und Labore. Man sieht überall an den einzelnen Standorten die Bautätigkeiten.

Für die soziale Infrastruktur sorgen die zwölf nordrhein-westfälischen Studentenwerke. Auch hier hat sich in den vergangenen Jahren eine ganze Menge getan. Wir haben die Wohnheime in einem umfangreichen Sanierungsprogramm aus Mitteln des Konjunkturpakets II wieder attraktiv gemacht. Gleichzeitig haben wir zusätzliche Plätze geschaffen. Dafür haben wir mehr als 120 Millionen € in die Hand genommen.

Die allgemeinen Zuschüsse an die Studentenwerke für die soziale Infrastruktur haben wir schon in 2011 um 13 % erhöht. Ich sage noch einmal ganz deutlich: Das war auch wirklich notwendig. Denn damit wurden die Studentenwerke, nachdem die schwarzgelbe Landesregierung in 2006 die Mittel um sage und schreibe 8 Millionen € gekürzt hat, erst wieder in die Lage versetzt, in den Bereichen Gastronomie und Wohnen ihre Angebote zu sichern und bedarfsorientiert zu erweitern.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir müssen aber auch dafür sorgen, dass die Studentenwerke bei der Beratung und bei der Bearbeitung von BAföG-Anträgen mit den ständig steigenden Antragszahlen noch Schritt halten können. In der Tat steigen die Zahlen zurzeit. Nordrhein-Westfalen liegt, was die Belastung der Mitarbeiterinnen in den BAföG-Ämtern angeht, im Ländervergleich an der Spitze. Damit ist aus unserer Sicht die Grenze des Zumutbaren erreicht.

Gerade vor diesem Hintergrund begrüßen wir sehr, dass die Studentenwerke bereits im laufenden Jahr Personalaufstockungen von rund 20 Vollzeitstellen vorgenommen haben. Da am Ende des Jahres der Vertrag über die Erstattung der Verwaltungskosten, mit denen die BAföG-Sachbearbeiterstellen finanziert werden, ausläuft, werden wir dafür sorgen, dass der Anschlussvertrag für die kommenden drei Jahre aufgestockt und aufgabengerecht ausgestaltet wird.

Wir brauchen Planungssicherheit für die Mitarbeiter in den Studentenwerken, aber auch für unsere Studierenden, für die BAföG die Grundlage der Existenzsicherung im Studium bedeutet. Darüber hinaus soll das Ministerium den Studentenwerken Hilfen an die Hand geben, wie die Verfahren unbürokratischer und einfacher ablaufen können.

(Beifall von Rolf Beu [GRÜNE])

So können Antragsbewilligungen beispielsweise über Vorschusszahlungen, die klar im BAföG-Gesetz geregelt sind, sehr viel schneller abgewickelt werden.

Im Übrigen wäre es sicher hilfreich, wenn die zurzeit noch bei der Bezirksregierung Köln geprüfte Möglichkeit, BAföG online zu beantragen, bald umgesetzt werden könnte. Die BAföG-Ämter würden entlastet, und die Studierenden hätten ihr Geld schneller auf dem Tisch.

Zum Schluss noch eine Anmerkung zu Ihrem Entschließungsantrag, Herr Dr. Berger. Da zeigt die CDU wieder einmal ihr wahres Gesicht, indem sie das Geld für die Studentenwerke aus der Frauenförderung herausziehen will. Das ist doch struktursensibel bis zum Gehtnichtmehr.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Dabei bestätigte uns erst kürzlich der Wissenschaftsrat wieder, dass die fehlende Geschlechtergerechtigkeit eines der gravierendsten Defizite in der deutschen Hochschullandschaft ist. Das ist doch rückwärtsgewandt. Genau da wollen Sie jetzt den Rotstift ansetzen. Das nenne ich „zukunftsweisend“.

Ihre Forderung zur Dezentralisierung der BAföG-Bearbeitung zeigt doch, dass Sie eigentlich von den

Abläufen in den Studentenwerken überhaupt keine Ahnung haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn wir haben nichts anderes als eine dezentrale Bearbeitung der Anträge bei den zwölf Studentenwerken.

Zu Ihnen, Herr Hafke: Es ist wohl eine Binsenweisheit, dass man mit Blick auf den doppelten Abiturjahrgang ein Gesamtkonzept braucht.

Beim Antrag der Piraten freue ich mich, dass er in diesem Fall eine deutlich linke Handschrift trägt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir befinden uns im Endspurt vor dem doppelten Abiturjahrgang, und wir müssen alle Handlungsmöglichkeiten ausschöpfen, um den jungen Menschen die Aufnahme des Studiums so leicht wie möglich zu machen.

Vor diesem Hintergrund werbe ich für unseren Antrag und hoffe auf Ihre Unterstützung. Die Anträge von FDP, CDU und den Piraten lehnen wir ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Seidl. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Berger. Bitte schön.

Dr. Stefan Berger (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man kann die Initiative der rot-grünen Fraktionen ganz kurz umschreiben: Sie bringt wenig und kommt zu spät.

(Beifall von der CDU)

Wenn man sich dem Thema „doppelter Abiturjahrgang“ nähert – Frau Seidl hat es eben erwähnt –, waren es gerade Sie, die schon in den Jahren 2007/2008 darauf hingewiesen haben, dass im Jahre 2013 möglicherweise mehr Studierende in Nordrhein-Westfalen auflaufen.

(Zuruf von der SPD: Aber Sie haben gekürzt!)

Sie haben das seit Jahren moniert und kommen erst jetzt, ein Jahr vorher, mit einem Antrag,

(Zuruf von der SPD: Das stimmt doch nicht!)

obwohl jeder seit Jahren weiß, dass im Jahr 2013 mehr Studenten da sein werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Frau Ministerin Schulze hat das nie anerkannt. Die Kultusministerkonferenz hat Ihnen schon Anfang des Jahres nachgewiesen, dass mehr Studenten da sein werden als in den Zahlenwerken des Haushalts. Das CHE hat Ihnen sogar noch höhere Zahlen prognostiziert und geht von über 130.000 Studienanfängern 2013 aus. Wer schon so lange im Amt

ist wie Sie – seit drei Jahren – und in dieser Zeit das Thema ausblendet, nichts tut, außer einem Monitoring über das, was die schwarz-gelbe Landesregierung auf den Weg gebracht hat, Frau Schulze, der macht zu wenig und kommt bei diesem Thema viel zu spät.

(Beifall von der CDU)

Zum Antrag selbst!

(Zuruf von der SPD: Sie waren doch gar nicht da!)

Frau Schulze hat eine Pressekonferenz mit den Studentenwerken durchgeführt. Das ist löblich, sich mal zusammzusetzen; dagegen ist nichts zu sagen. Im Ergebnis, als die Studentenwerke geklagt haben, dass mehr Personal für die Bearbeitung von BAföG-Anträgen gebraucht wird, hat Frau Schulze nicht erklärt, was sie selber zu tun gedenkt, sondern die Fraktionen aufgefordert, im Landtag einen Antrag zu stellen, der nebenbei auch noch nebulös bleibt, um dann ein Pingpong-Spiel zu kreieren, um sich selbst für diese Initiative im Landtag nochmals medial zu feiern. Aber das Landtagspräsidium hat das durchschaut. Der Antrag hat in der Hitliste der Prominenz die rote Laterne bekommen und wird am dritten Tag des Plenums als letzter Antrag behandelt.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE], der bei der SPD und den GRÜNEN Lachen auslöst.)

Eine Landesregierung müsste eigentlich anders vorgehen. Frau Ministerin Schulze, auch Sie müssten aus sich selbst heraus sagen, was Sie wollen, welche Initiativen Sie anstreben. Diese Kraft müssten Sie haben. Aber ich glaube, Sie haben sie nicht. Sie kommen auch hier – man sieht es an der Tagesordnung – zu spät.

(Beifall von der CDU)

Wir schlagen wenigstens konkret – im Gegensatz zu Ihnen – 50 zusätzliche Stellen vor. Wir verweigern uns auch nicht, zu sagen, wo das Geld herkommen soll. Für uns ist Monitoring alleine viel zu wenig. Wir glauben, dass eine Beobachtung zwar gut und nett, aber im Zuge der zu erwartenden Studentenzahlen zu wenig ist.

(Beifall von der CDU)

Deswegen sagen wir: Wir wollen 50 zusätzliche Stellen. Für die dafür notwendigen Ausgaben von immerhin 2,5 Millionen € haben wir als Opposition einen Deckungsvorschlag gemacht, der in Ihren Anträgen nirgendwo steht. Sie nehmen ja gerne für 50 zusätzliche Stellen noch mehr Schulden auf. Wir hingegen machen klare Vorschläge. Natürlich haben wir uns angeschaut, wo wir im Haushalt umschichten können. Unser Vorschlag ist, Geld aus der Genderforschung, nicht aus der -förderung zu nehmen. Das ist etwas anderes. Das hat nichts mit dem Verständnis zu tun, das Sie mir eben unterstel-

len wollten. Forschung zu kürzen ist etwas anderes, als Förderung zu kürzen.

Wir wollen letztlich mehr BAföG, schnelleres BAföG und im Moment weniger Genderforschung. Wenn das Thema erledigt ist, kann man sich gerne wieder über eine Aufstockung in diesem Bereich unterhalten. Ich bitte Sie, bei diesem Punkt genau zu trennen. Ich sehe, dass Sie es gar nicht tun wollen. Deswegen fordere ich Sie nochmals auf: Machen Sie einen geeigneten Vorschlag im Haushalt, wo das Geld herkommen soll! Dann können wir uns gerne konstruktiv darüber unterhalten.

Herr Schultheis, noch ein Wort: Ja, ich habe jetzt die Position des Sprechers. Belegen Sie mich bitte nicht mit Begriffen, bevor ich überhaupt etwas gesagt habe.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Aber recht hat er gehabt!)

Wir haben fünf Jahre vor uns. Ich möchte konstruktiv mit Ihnen arbeiten, das biete ich Ihnen an. Ich hoffe, dass wir in nächsten fünf Jahren gut miteinander klarkommen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Berger. – Als nächstem Redner erteile ich für die FDP-Fraktion Herrn Kollegen Hafke das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir reden heute über die BAföG-Anträge. Das ist ohne Frage wichtig. Zufrieden mit der Debatte bin ich aber bislang nicht. Dass völlig substanzlose Anträge vorgelegt werden, ist das Erste, was mich stört.

Lieber Herr Schultheis, lassen Sie mich direkt vorwiegend sagen: Lautstärke ist in diesem Parlament noch lange kein Argument und lenkt eher von Ihrer Inhaltsleere und von Ihrer Konzeptlosigkeit ab, die wir hier heute präsentiert bekommen haben.

(Beifall von der FDP und der CDU – Karl Schultheis [SPD]: Damit kennen Sie sich ja aus!)

Das Zweite ist das Herauspicken von Einzelproblemen. Ja, wir haben Probleme mit der BAföG-Bearbeitung. Wir haben aber auch Probleme bei Personal, Beratung und Raumkapazitäten, bei den Mensen und dem Wohnraum. Die steigenden Studierendenzahlen machen in vielen Bereichen Anpassungen nötig. Die Hochschulen können sich doch auch nicht einzelne Probleme herausgreifen und sagen: Den Rest lösen wir morgen oder irgendwann mal. – Das tun sie nicht. Die Hochschulen stellen sich mit umfassenden Konzepten auf die kommenden Studierenden ein. Das können wir wohl auch von der Landesregierung erwarten.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Wir haben als einzige Fraktion das große Ganze in den Blick genommen. Aus unserem Entschließungsantrag, Herr Schultheis, können Sie sich gerne Inspirationen für ein Gesamtkonzept holen. – Das als Vorbemerkung.

Jetzt zu den BAföG-Anträgen. Natürlich brauchen die Studienanfänger des doppelten Abiturjahrgangs die Aussicht auf eine gute Beratung und eine zeitnahe Bearbeitung ihrer Anträge. Aber das nur festzustellen, Herr Schultheis, reicht nicht. Wie das Ganze gemacht werden soll, das verraten Sie uns in Ihrem Antrag nicht.

(Karl Schultheis [SPD]: Steht im Antrag!)

Es ist ein reiner Showantrag, der die entscheidenden Fragen nicht mal stellt geschweige denn beantwortet.

Ich kann mich in diesem Zusammenhang noch gut an die Debatte Anfang des Jahres erinnern. Damals titelten die Zeitungen: „BAföG-Engpass bringt Studenten in Not.“ „Viele Studierende in NRW warten seit Monaten auf ihr Geld.“ Wie man bei diesen Schlagzeilen von guten Bedingungen in den Ämtern sprechen kann, ist mir ein absolutes Rätsel.

Die Probleme sind schon lange bekannt. Die BAföG-Ämter sind seit gut einem Jahr überlastet. Das haben Ihnen die Studentenwerke bei der Vorstellung der Jahresbilanz Ende August noch mal deutlich gesagt. Sie haben Ihnen auch gesagt, dass es absehbar weitere Probleme geben wird.

Das alles kommt doch nicht überraschend. Wir reden hier schon lange über die Herausforderungen durch die steigenden Studierendenzahlen und den doppelten Abiturjahrgang. Ich finde es, wie gesagt, schon falsch, überhaupt einzelne Punkte herauszugreifen, anstatt ein integratives Konzept vorzulegen. Wenn Sie das aber schon machen, dann machen Sie es doch bitte richtig und schreiben Sie in Ihren Antrag, wie Sie die Probleme genau lösen wollen, oder – noch besser; das können Sie ja angeblich so gut – schreiben Sie ein Konzept bzw. bringen direkt einen Gesetzentwurf ein.

(Beifall von der FDP)

Seit zwei Jahren weigern Sie sich, umfassende Vorbereitungen hinsichtlich des doppelten Abiturjahrgangs zu treffen. Es genügt nicht, allein nach noch mehr Geld aus Berlin zu rufen. Es müsste Ihr Anspruch sein, die Entwicklung einzuschätzen und durch präventive Maßnahmen zu steuern. Prävention ist doch – so habe ich es zumindest in den letzten Jahren mitbekommen – eines der Lieblingsworte dieser Regierung. Stattdessen laufen Sie den aktuellen Entwicklungen hinterher, agieren planlos und bringen dann solche unkonkreten und hilflosen Anträge auf den Weg.

(Beifall von der FDP)

Wegen dieser mangelnden Substanz kann der Antrag von uns keine Zustimmung erhalten.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Marcel Hafke (FDP): Von Herrn Schultheis?

Vizepräsident Oliver Keymis: Von Herrn Kollegen Schultheis.

Marcel Hafke (FDP): Der hatte eben fünf Minuten Zeit, etwas Konkretes abzuliefern. Das hat er nicht gemacht. Deswegen können wir das gerne bei anderer Gelegenheit vertiefen.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Sigrid Beer
[GRÜNE]: Meine Güte!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Keine Zwischenfrage.

Marcel Hafke (FDP): So sieht es aus. – Noch kurz zum Entschließungsantrag der Piraten: Ich freue mich sehr, dass nun auch die Piraten inhaltlich mitarbeiten. Das ist heute einer Ihrer ersten Anträge. Herzlich willkommen im Parlamentarismus!

Wenn Sie zukünftig auch gehaltvolle Anträge einbringen würden, würde ich mich noch mehr freuen. Ihre Forderung, bereits in den Haushalt 2012 Mittel einzustellen, ist vielleicht gut gemeint, aber wenn der Haushalt im Dezember verabschiedet wird, ist er zu elf Zwölftel ausgegeben. Das hilft also keinem mehr. Auch hier wegen der mangelnden Substanz keine Zustimmung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Für die Piratenfraktion spricht nun Herr Bayer.

Oliver Bayer (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer am Stream und an den Videoplattformen! Die Zahl der Studierenden hat in den letzten Jahren bundesweit deutlich zugenommen. Wir Piraten begrüßen dies und wünschen allen viel Erfolg dabei.

Allein im Zeitraum zwischen 2008 und 2010 ist die Zahl der geförderten Studierenden bundesweit von 333.000 auf 386.000 und damit um 16 % gestiegen. Wir müssen in NRW zudem den einmaligen Andrang auf die Hochschulen durch die Verkürzung der Oberstufenzeit von drei auf zwei Jahre mitrechnen. Die Zahl der neuen Studierenden für das Win-

tersemester 2013/14 wird voraussichtlich um 20 % steigen. Das sieht die FDP in ihrem Antrag auch so. Im CDU-Antrag kommt aus Gütersloh die Zahl 130.000 statt 110.000.

Dies war abzusehen und ist eine Altlast aus der G8-Schulreform. Doch haben es die früheren Landesregierungen, und zwar alle, entgegen ihrer Ankündigungen versäumt, sich frühzeitig mit den langfristigen Folgen ihrer Schulpolitik zu beschäftigen. Das Ministerium hat sogar noch am 20. August in einer Antwort auf den offenen Brief der ASten geschrieben, dass bereits Vorsorge getroffen worden sei.

Wenn es mir gestattet ist, Herr Präsident, möchte ich jetzt gerne Alexander Klenk, den Vorsitzenden der JusO-Hochschulgruppe Köln, aus einer aktuellen Pressemitteilung zitieren.

„Es ist eine Unverschämtheit, Verlautbarungen abzugeben, dass sich um Probleme gekümmert wird, und dann passiert nichts. Wissenschaftsministerin Schulze weiß seit über sieben Monaten, dass sich die Lage bei den BAföG-Ämtern zuspitzt und verspricht Verbesserungen. Im Landeshaushalt ist davon nichts zu sehen.“

Es ist schade, dass das Ministerium mutmaßlich keinen Handlungsbedarf sah und sich nun auch von der eigenen Basis auffordern lassen muss. Wir haben hier zwei Probleme: ein grundlegendes und langfristiges Problem der Verteilungsgerechtigkeit und der Bürokratie in den BAföG-Systemen sowie ein kurzfristiges Problem mit der Personaldecke in den zuständigen Ämtern.

Jeder Student wird ermutigt, einen Antrag zu stellen. Dabei ist das BAföG eine in engen Grenzen gefasste konditionale Leistung, die nicht jeder Antragsteller erhält. Das Antragsverfahren an sich ist eine komplexe und umfassende bürokratische Hürde, die zudem die Mitwirkung von Dritten, den Eltern, erfordert. Diese mühevoll gestellten Anträge mitsamt Nachweisen müssen natürlich sorgfältig geprüft und bearbeitet werden – ein Vorgang, bei dem man gleich an zwei Stellen ansetzen kann:

Erstens kann man den bürokratischen Aufwand erheblich reduzieren, wenn man die damit verbundenen Einschränkungen und Bedingungen wegnimmt. Ich spreche hier vom Konzept des elternunabhängigen BAföGs, welches Sie laut Ihrem Koalitionsvertrag auch teilweise angehen wollen.

Zweitens kann man das Verfahren modernisieren und ein automatisiertes Verfahren über das Internet einführen. Hierzu gibt es Ansätze bei den bayerischen Studentenwerken mit einem Online-Antrag. Auch bei der elektronischen Steuerklärung kann man sich Ideen holen. Das Modellprojekt in Köln ist gut, aber es kommt leider nicht rechtzeitig. In Bayern funktioniert es bereits. Da muss man Bayern auch mal loben.

Die Studierenden beginnen mit dem Studium einen komplett neuen Lebensabschnitt, befinden sich in einem völlig neuen Umfeld und stehen unter enormem Druck. Sie müssen sich um Seminarplätze, Scheine und Anmeldungen kümmern und stehen vor der Frage, wie sie ihr Studium finanzieren sollen.

Unser Entschließungsantrag setzt das richtige Signal, die finanziellen Sorgen vieler Studierenden zu lindern, indem sie nicht mehrere Monate auf die Bearbeitung ihres BAföG-Antrags warten müssen. Nach Angaben der nordrhein-westfälischen Studentenwerke dauert die Bearbeitungszeit von Anträgen heute schon zwei bis sieben Monate.

In Ihrem Antrag – jetzt meine ich SPD und Grüne –, der den aktuellen Stand nicht abbildet, erwähnen Sie, dass es in Einzelfällen gelegentlich zu einer längeren Bearbeitungszeit kommen kann.

Dazu möchte ich mit Erlaubnis des Präsidenten noch einmal ein Zitat anfügen. Kai Uwe Joppich vom AStA der FH Dortmund hat hierzu gesagt:

„Es ist eine Frechheit, hier von Einzelfällen zu reden und ein Schlag ins Gesicht der Studierenden, die nach Bearbeitungszeiten von vier Monaten oder länger verzweifelt sind und nicht mehr wissen, wie sie über die Runden kommen sollen.“

Wenn man Studierenden BAföG anbietet, dann muss man auch dafür sorgen, dass es zu Beginn des Studiums verfügbar ist.

(Beifall von den PIRATEN)

Unterstützung braucht man entweder sofort oder gar nicht. Wenn die Bearbeitung eines BAföG-Antrags länger als ein Semester dauert, dann ist das BAföG damit im Grunde abgeschafft.

Ich bitte Sie daher, unserem Entschließungsantrag zuzustimmen, um das kurzfristige Problem zu lösen. Und ich fordere Sie auf, das langfristige Problem ebenfalls anzugehen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Bayer. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Schulze.

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde es erst einmal gut, dass der Landtag sich mit diesem wichtigen Thema beschäftigt. Denn es ist ein wichtiges Thema, wie wir mit dem doppelten Abiturjahrgang und in diesem Zusammenhang auch mit den BAföG-Empfängerinnen und -empfängern umgehen.

Ja, wir haben uns jetzt fünf Jahre darauf vorbereitet – übrigens nicht nur das Land und die Hochschu-

len, sondern natürlich auch die Studentenwerke und die Kommunen. Ich habe im Landtag bereits mehrfach vorgestellt, was die Landesregierung alles tut, damit wir mit dem doppelten Abiturjahrgang auch wirklich klarkommen.

Es ist so, dass wir da insgesamt 11,8 Milliarden € ausgeben – übrigens nicht Hälfte Bund, Hälfte Land, sondern 10,5 Milliarden € kommen hier aus Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren von der jetzt nicht so zahlreich besetzten Opposition, ich mache weiterhin Druck beim Bund, weil ich es für eine Frage der Generationengerechtigkeit halte, dass die Studierenden in Nordrhein-Westfalen genauso vom Bund und Land gemeinsam finanziert werden wie die Studierenden in Bayern und in anderen Ländern, die den doppelten Abiturjahrgang schon hinter sich haben. Da sperrt sich die Bundesregierung im Moment. Ich würde mich freuen, wenn ich da noch mehr Unterstützung auch von Ihrer Seite hätte.

(Beifall von der SPD)

Den Antrag der FDP könnte man ja schon so verstehen.

Meine Damen und Herren, was ist jetzt der Unterschied zwischen CDU und FDP und SPD und Grünen? Der Unterschied ist ganz einfach: CDU und FDP haben sich die Spaltung in ihr Programmheft geschrieben. Sie haben uns in der Aussprache zur Regierungserklärung erklärt, es ginge wieder um Umwelt gegen Arbeit. In dem Antrag finden wir jetzt Folgendes: BAföG-Empfängerinnen werden gegen Frauen, gegen die Geschlechterforschung ausgespielt. – Sie erzählen uns heute wieder etwas von „Privat vor Staat“. Meines Erachtens geht das mit Volldampf zurück in die Vergangenheit.

Was haben Sie getan? Sie haben Studiengebühren eingeführt. Höhere Hürden kann man für Leute, die kein Geld haben, überhaupt nicht aufbauen.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Sie haben 20 % bei den Studierendenwerken herausgekürzt. Sich hier als Robin Hood hinzustellen und in Wirklichkeit der Sheriff von Nottingham zu sein, das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Was haben SPD und Grüne getan? Das ist ganz einfach.

(Zuruf von der FDP)

– Wollen Sie sich noch ein bisschen aufregen, oder darf ich weiterreden? – Was haben SPD und Grüne getan? Wir haben die Studiengebühren abgeschafft. Wir haben die Kürzungen bei den Studentenwerken zurückgenommen. 20 % hatten Sie da gekürzt. Wir haben das rückgängig gemacht.

Es geht hier nicht um Bürokratie. Es geht darum, dass Studierende das Geld wirklich brauchen.

Wenn man einen BAföG-Antrag stellt, dann macht man das nicht aus Spaß, sondern weil man auf das Geld angewiesen ist. Unser Ziel ist es, dass die Studierendenwerke in die Lage versetzt werden, die Anträge möglichst schnell zu bearbeiten.

Machen Sie sich mal keine Sorgen: Die Studentenwerke brauchen keine Detailregelung. Sie sind das soziale Rückgrat der Hochschullandschaft. Sie wissen ganz genau, wie das geht.

Wir haben uns mit den Studentenwerken zusammengesetzt, was dazu geführt hat, dass es jetzt schon innerhalb des Jahres 20 Stellen mehr für die Bearbeitung der BAföG-Anträge gibt. Und wir werden auch in den nächsten Haushalten dafür sorgen, dass die Studentenwerke mehr Geld bekommen, um dem doppelten Abiturjahrgang wirklich gerecht werden zu können.

Meine Damen und Herren, um was geht es im Kern? Im Kern geht es darum, dass die Studierenden schnell ihr Geld erhalten. Darum kümmern wir uns als Landesregierung. Deswegen begrüße ich den Antrag von SPD und Grünen sehr. Das ist ein Thema, das bei dieser Landesregierung wirklich in guten Händen ist. Ich würde mir eine breite Zustimmung zu diesem Antrag auch wirklich wünschen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herzlichen Dank, Frau Ministerin. – Wir sind am Ende der Debatte.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von SPD und Grüne haben direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt dem **Antrag Drucksache 16/813** zu? – Die SPD, die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP und die Fraktion der Piraten. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag mit großer Mehrheit **angenommen**.

(Vereinzelt Beifall)

Zweitens stimmen wir ab über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/872**. Wer stimmt dieser Entschließung zu? – Die Fraktion der Piraten. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Entschließungsantrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Wir stimmen drittens ab über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/887**. Wer stimmt dieser Entschließung zu? – Die CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und die Piratenfraktion. Enthält sich jemand? – Die Fraktion der FDP und fünf Pirat(inn)en enthalten sich. Dennoch ist die Entscheidung eindeutig: Der Antrag ist **abgelehnt**.

Viertens stimmen wir über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 16/904** ab.

Wer stimmt dem Antrag zu? – Die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktion der Piraten, SPD und Grüne. Gibt es Enthaltungen? – Die CDU enthält sich.

(Zurufe)

– Fünf haben sich enthalten. Gleichwohl ist der Antrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Wir sind damit am Ende des Tagesordnungspunktes 6 und kommen nun zu Tagesordnungspunkt

7 Fragestunde

Drucksache 16/830

Mit dieser Drucksache liegen Ihnen die Mündlichen Anfragen 1 bis 3 vor.

Ich rufe die

Mündliche Anfrage 1

der Frau Abgeordneten Yvonne Gebauer von der Fraktion der FDP auf:

Mit welchen Maßnahmen will die Ministerin für Schule und Weiterbildung sicherstellen, dass der Lehrerberuf der Schulen gesichert wird?

In Nordrhein-Westfalen können viele Lehrerstellen nicht besetzt werden. Laut einer dapd-Umfrage kritisierten am 8. September 2012 unterschiedliche Lehrerverbände, dass es nicht gelänge, die vorhandenen Stellen an den Schulen zu besetzen. So erklärte laut dapd-Meldung der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, aufgrund einer starken Konkurrenz zu anderen Schulformen mangle es an den Berufskollegs an Lehrern. Auch der Philologenverband teilte mit, dass die Schulen nicht alle ausgeschriebenen Stellen besetzen könnten, da insbesondere im Bereich der Mangelfächer wie zum Beispiel Mathematik, Physik oder Kunst nicht genügend Bewerber zur Verfügung stünden. Hiervon sei ganz besonders der ländliche Raum betroffen. Der Verband Erziehung und Bildung erklärte darüber hinaus, dass in großer Zahl Sonderpädagogen fehlen würden. So ginge die rot-grüne Landesregierung von lediglich 3.000 zusätzlich benötigten sonderpädagogischen Stellen aus, nach Einschätzung des VBE jedoch würden bis zu 10.000 zusätzliche sonderpädagogische Fachkräfte benötigt. Udo Beckmann forderte daher, dass es mehr Studienplätze geben müsse.

Zwar teilte das Ministerium für Schule und Weiterbildung auf Anfrage mit, dass zu Beginn des Schuljahres 2012/2013 „nur“ 462 Stellen nicht besetzt werden könnten. Jede unbesetzte Stelle